

Einzelpreis 30 Mark.
Jahrespreis 360 Mark, mit Zustellung ins Haus 390 Mark, und monatlich 30 Mark.
Die Post bezogen monatlich in Polen 800 Mark.
Kasland 1600 Mark.
Kriegsgefangene Nonpareilzettel 40 Mark:
„Kriegsgefangene Nonpareilzettel 40 Mark“
100 Mark, Einzelpreis im Lokalen 200 Mark
in die Kriegsgefangenen; für das Ausland kommt
ein Aufschlag hinzu; für die erste Seite
werden keine Anzeigen angenommen. — An-
zeigen werden nur nach vorheriger Verein-
barung geplatzt. Unverlangt eingesandte An-
zeigen werden nicht aufbewahrt.

Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

erschienen mit Ausnahme der nach So-
tagen folgenden Tage täglich früh
Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berliner Straße 98. Tel. 68.
Bei Betriebsstörung durch höhere Gewalt
Arbeitsniederlegung oder Auslieferung hat der
Besitzer keinen Anspruch auf Nachlieferung der
Beilage oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Eigene Vertretungen in:
Warschau, Białystok, Lublin, Łódź, Poznań,
Kielce, Radom, Rzeszów, Sandomierz, Sosnowitz,
Tarnobrzeg, Tarnopol, Tłuszcz, Włocławek,
Żyrardów, Żywiec, Zgierz ufm.

Nr 8

Mittwoch, den 11. Januar 1922

5. Jahrgang

Die „Rzeczpospolita“ — semper idem.

Das führende Blatt der „fränkisch“ in-
spirierten Kreise unserer „N. D.“ Patrioten
bemüht sich, die deutsche Minderheit in
Polen als Ganzes vor der polnischen Ge-
sellschaft zu denunzieren. Mit Ausnahme
einer ganz kleinen Anzahl von deutschpreu-
den Polen, die noch genötigt gekniet sind
und ein brüderliches Zusammenleben mit den
Polen wünschen, sind alle Deutschen in Lodz
und Umgebung — so meint das Blatt —
der Nacht des Verrats verfallen. Der
Artikel ist so typisch, daß wir ihn (siehe
Nr 7 1922) unseren Lesern nicht vor-
stellen wollen.

Die „Rzeczpospolita“ schreibt also:
Nach dem November-Umsatz erfolgte die Lodz-
Deutschen eine plötzliche Depression. Alle während
der Okkupanten Herrschaft so zahlreich erschienenen
Vereine wurden geschlossen, schon in der Nacht vom
11. zum 12. November wurde das Schild
der amtlichen „Deutschen Lodz-
Zeitung“ auf „Lodz-Deutsche Presse“
abermals (1). Unter diesem Titel erscheint
das Blatt als Organ der deutschen Se-
paratisten, als Bindeglied des krassesten
und kriegerischen Nationalismus, bis zum heutigen
Tage.

Nachdem die Okkupanten vertrieben waren,
nahmen der Deutschen bei dem neuen, daß man
Anschreitungen befürchten mußte, wenn man auf
der Straße deutsch sprechen hörte. So befürchteten
dann auch die hiesigen Deutschen, daß der ganze
Polen, der sich während der geradezu höllichen
Herrschaft von Schöppen und Oppen angelassen
hatte, sich auf sie entlassen würde. Als aber der
Polen im Laufe der Zeit nachließ, lebten die Lodz-
Deutschen wieder auf.

Die im November 1918 geschlossenen Institu-
tionen wurden schon im Frühjahr wieder „in Be-
trieb gesetzt“, die ausgesprochen polen-
feindlichen (2) Gefangenenvereine entstanden
aufs neue, das gesellschaftliche Leben regte sich
wieder, langsam folgte auch das politische. Die
anfanglich bei Besprechung der deutsch-polnischen
Verhältnisse ziemlich vorsichtige Übermalte (1)
„Lodz-Deutsche Presse“ nahm schon im
Frühling einen deutlicheren Charakter und schär-
feren Ton an. Die polnische Gesellschaft wurde
immer öfter angegriffen, immer zahlreicher wurden
die giftigen Klagen über die angebliche polnische
Untertan, dann folgten Angriffe auf die innere
und äußere Politik — nicht vom kritischen, sondern
vom grundsätzlichen Standpunkte aus.

Mit der Wiederbelebung der deutschen Institu-
tionen wichen auch die Nebel, die das politische
Leben der Deutschen verfinsterten. Im Sommer
wurde der „Bund der Deutschen in Polen“
gegründet, eine durch und durch separatistische
Organisation. Der Bund, an dessen Spitze sich
Leute von gewisser habsburgischer Ver-
gangenheit (2) stellten, vereinte alle Lodz-
Deutschen, die sogenannten deutschsprachigen Polen
nicht ausgeschlossen. Der B. D. P. organisierte
am 11. und 12. September in Lodz eine große
Tagung aller Deutschen Polens, auf der das poli-
tische Leben der Deutschen aller Gebiete Polens
gleichförmig geregelt wurde. Hier wurde schon
klar deutlich gesprochen und zwar: „Polen wird
nicht als Polen (3) anerkannt, sondern
als Nationalitäten-Staat unter der
Bezeichnung „Weichsel-Staat“ (3) der
vom Versailler Vertrag geschaffen
wurde. Nicht Polen, sondern nur
polnischsprachige Mitbürger (3) wer-
den anerkannt. Es wird vollständige
Autonomie verlangt.“ Diese wäre besten-
falls für eine im Staatsterritorial (3) begrenzte
nationale Minderheit denkbar.

Auf der Tagung wurden zwei Beschlüsse ge-
faßt, einer an den Völkerverbund mit der Bitte um
Vermittlung der Not, der andere an die pol-
nische Regierung (4) wegen Einstellung der
Schikanen.

Die Stimmung während der
Tagung war ausgesprochen polen-
feindlich (2).
Der Ton der „Lodz-Deutschen Presse“ wurde
immer freier; genau wie in der ausländi-
schen antipolnischen Presse wurde jede Kleinigkeit
unseres staatlichen Lebens zu unseren Ungunsten
ausgenutzt, unser Verhältnis mit den westlichen
Mächten wurde lächerlich gemacht und in den
Spalten dieses habsburgischen Blattes ständig an-
gegriffen.

Der „Lodz-Deutschen Presse“ gefällt hier ab-
solut gar nichts, so daß sie in ihrer Kaserne und
in ihrem antipolnischen Geiste (2) ganz

Polen (3) angreift, was manchmal einen sogar
staatsfeindlichen (3) Charakter an-
nimmt. Korrespondenzen aus Kommerellen über
die Unzufriedenheit der dortigen Deutschen wur-
den gebracht, gegen die schlesische Frage wurde
aufgetreten usw. Die Seele der „L. D. Presse“
ist ein gewisser Dr. Behrens, der auch
die verhassten Artikel schreibt — ein
Mensch, der für unser politisches Leben und für
die Gestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen
direkt gefährlich ist (3). Während der Be-
suche ausländischer Journalisten bemühte er sich,
ihre Meinung über uns so einseitig zu beein-
flussen, daß man ihm diese Taktlosigkeit vorhalten
mußte. (3).

Auf diese Weise konzentriert sich das ganze
politische Leben der Deutschen im B. D. P.,
der alle gesellschaftlichen Klassen vereint, der
seine Ortsgruppen in allen Teilen unseres Ge-
bietes besitzt und in ständigem Kontakt mit den
Deutschen aus dem früheren preussischen Teil-
gebiet verbleibt. Die „L. D. Presse“ ist das
Organ des B. D. P. In Lodz erscheint

noch ein zweites deutsches Blatt, die gemäßigtere
„Neue Lodz-Deutsche Zeitung“, welche aus Kon-
kurrenzzwängen (5) ständig von Behrens
bekämpft wird. Das erste Blatt ist jedoch stärker.
Bei Besprechung der deutschen Presse kann man
unmöglich die unerhörten Angriffe (5)
auf den um die Polonisierung verdienten Pfarrer
Gogolewski verschweigen. Die „L. D. D.“
Presse kann Pfarrer Gogolewski und seine
Tätigkeit nicht leiden, welche letztere sich gegen die
habsburgischen Annahmen namentlich auf dem
Gebiete des Schulwesens richtet, und verfolgt
ihn daher ständig mit ihren Angriffen (5).

Das Leben des politischen Lebens der Deut-
schen ruht in den Händen der verhassten Habs-
burgisten; gemäßigtere Leute, die ein friedliches Zu-
sammenleben wünschen, sind in verschwindender
Minderheit verblieben. Was soll nun die
polnische Gesellschaft tun? (5).

Um es möglichst kurz zu machen, will
ich dem Sprachrohr der Herren Behrens,
Stronitz und der ganzen polnischen Habsburg

Die Bedingungen für den Zahlungsausschub.

Bedeutende Vorschläge der deutschen Delegierten in Cannes.

Berlin, 9. Januar. (Pat.) Deutsche Blätter
berichten aus Paris, daß der Zahlungsaus-
schub unter folgenden Bedingungen erteilt
werden soll: 1. Der Zoll in Deutschland muß in
Goldwährung berechnet werden; 2. Deutschland
muß den Eisenbahntarif und den Posttarif erhöhen
sowie die Kohle besteuern; 3. Die Ausgabe von
Papiergeld wird eingeschränkt; 4. Im Staatsbank-
rott muß das Gleichgewicht wiederhergestellt wer-
den; 5. Die Zahlungen der Reichsbank werden
einer Revision unterzogen; 6. Gegen die Aus-
fuhr deutschen Kapitals nach dem Ausland müssen
energische Maßnahmen getroffen werden. — Die
Blätter berichten außerdem, daß zwischen Lloyd
George und Briand eine Einigung erzielt
wurde, daß keine Sanktionen angewandt
werden sollen, selbst wenn Deutschland die
am 1. Mai fällige Rate nicht bezahlen würde.

Paris, 10. Januar. (Pat.) Gestern haben
die Minister ihre Beratungen über die von
Deutschland zu fordernden Sicherungen für
eine Gesundung der finanziellen Lage, fortgesetzt.
In vielen Punkten wurde eine Verständigung
erzielt. Die Besprechungen bezogen sich hauptsächlich
auf die Angelegenheit der Uebertragung
der Garantiekommision nach Berlin.
Die englische Delegation äußerte die Ansicht, daß
die Reparationskommission in Berlin beraten
müßte. In dieser Frage wurde noch kein Be-
schluß gefaßt. Nachmittags fand unter dem
Vorsitz Louchers eine Konferenz der Minister
statt, die sich in Paris mit der Gründung eines
europäischen Wirtschaftskongresses befaßten und
den Auftrag erhielten, eine Tagesordnung
für die Konferenz in Genua auszuar-
beiten. Auf 4 Uhr nachmittags ist eine Minister-
konferenz wegen der von Deutschland im Jahre
1922 zu zahlenden Raten festgesetzt. Um 5 Uhr
nachmittags soll eine Sitzung des Obersten Rates
stattfinden.

Cannes, 10. Januar. (Pat.) Paris be-
richtet, daß der Oberste Rat die in Paris wei-
lende deutsche Delegation aufgefordert
habe, am 11. d. M. in Cannes einzu-
treffen.

Cannes, 10. Januar. (Pat.) In Kreisen,
die der englischen Delegation nahestehen, erklärt
man, daß die Vertreter der deutschen
Regierung hinsichtlich der Entschädigungsfrage
sowie der Frage des wirtschaftlichen Aufbaus
Europas wichtige Vorschläge unter-
breiten werden. Um Frankreich Garantien für
seine Sicherheit zu geben, sollen die deutschen
Vertreter ferner eine indirekte Teilnahme
Deutschlands an dem geplanten fran-
zösisch-englischen Abkommen vor-
schlagen.

Günstiger Fortgang der Wirt- schaftsverhandlungen in Ober- schlesien.

Cottowitz, 10. Januar. (Pat.) Die Ar-
beiten der Unterkommisionen nehmen ihren Fort-
gang. Die Kommissionen für Versicherung
und Verkehrsweisen sind an die Fertig-
stellung des Protokolls der Ab-
machung herangetreten. In der Wasser-

und Elektrizitätskommission ist eine
Einigung bezüglich der Wasserversor-
gung erzielt, hinsichtlich der Elektrizität wird
noch über Einzelheiten verhandelt. In der
Kollisionskommission ist eine gewisse Annäherung
eingetreten. Die Verhandlungen der Bahn-
kommission machen weitere Fortschritte.

Calonder empfängt.

Kattowitz, 9. Januar. (Pat.) Sonnabend
abend empfing Calonder die Vertreter der
aberhiesigen Industrie aus Polnisch-Oberschlesien.
Calonder erklärte ihnen, daß er bei der Entschel-
dung der hiesigen Angelegenheiten völlig un-
parteiisch vorgehe und nur das Interesse Ober-
schlesiens berücksichtigen werde.

Kattowitz, 9. Januar. (Pat.) Am Dienstag
wurde Calonder eine Abordnung der deutschen
Oberschlesier empfangen.

Kattowitz, 9. Januar. (Pat.) Calonder
ist auf das Schloß des Fürsten Donners-
mark bei Benthien überfahret.

Der neue polnische Gesandte in Wien.

Wien, 9. Januar. (Pat.) Der neue polnische
Gesandte in Wien, Pasocki, hat sein Amt
übernommen.

Räterussland nimmt an der Kon- ferenz in Genua teil.

Cannes, 10. Januar. (Pat.) Eschischerin
richtete folgende Drahtnachricht an den Obersten
Rat: Die russische Sowjetregierung nimmt mit
Befriedigung die Einladung zur Konferenz in
Genua an. Eine außerordentliche Sitzung des
Obersten Volkswirtschaftsausschusses hat die Wahl der
russischen Delegation vorgenommen und
ihre Vollmachten erteilt. Selbst wenn der Vor-
sitzende der Volkskommission Lenin, Rußland
nicht verlassen könnte, so wird die entsandte De-
legation auf Grund ihrer Vollmachten doch so
viel Autorität besitzen, wie sie durch die per-
sönliche Teilnahme des Bürger Lenins erlangen
würde. In jedem Falle wird von Seiten Ruß-
lands nichts unternommen werden, was die Ar-
beiten der Konferenz hindern könnte.

Die Botschaft hör' ich wohl...

Washington, 10. Januar. (Pat.) Der ja-
panische Vertreter auf der Abrüstungskon-
ferenz erklärte vor seiner Abreise Berichterstattern
gegenüber, daß die Konferenz einen großen
Erfolg davongetragen habe. Amerika habe
sich davon überzeugt, daß Japan keine Angriffs-
politik treibe, und Japan habe sich seinerseits
überzeugt, daß Amerika die aufrichtige Absicht
einer Zusammenarbeit hege.

Die englisch-chinesischen Unstimmigkeiten.

Washington, 10. Januar. (Pat.) Da die
diplomatischen Beziehungen zwischen England
und China, seit längerer Zeit, wegen Boykotts
englischer Waren in China unterbrochen waren,
ist mit der Abberufung des chinesischen Gesan-
den in London zu rechnen.

Warschau nach einzelnen Punkten, die von
mir in vorigem „Briefe eines Lodzer aus
Lodz“ eigens zu diesem Zwecke mit Distanz
bezeichnet wurden, folgendes sagen:

3a (1), pro domo sua:

Die Verlagsgesellschaft G. m.
b. H., an deren Spitze zu stehen ich die
Ehre habe, hat im Mai 1921 die „Lodz-
Freie Presse“ von den früheren Eigentümern
notariell erstanden, und seit dieser Zeit hat
diese Zeitung absolut nichts mehr mit der
alten „Lodz-Deutschen Presse“ gemein, die
übrigens wieder nichts Gemeinsames mit
der „Deutschen Lodz-Deutschen Zeitung“ hatte. Wer
etwas anderes behauptet, verleumdet be-
wußt, nur um auf das Deutschthum Polens,
dessen Sprachrohr diese Zeitung wirklich ist,
den Verdacht vermeintlicher, geheimer und
illoyaler Machenschaften mit der deutschen
Regierung zu werfen.

Soll eine Handlungsweise von harter Seite,
meine Herren Gezellen, heißen Inflation?

Zu den mit (2) bezeichneten Punkten:

Es ist ein alter Kniff, mit dem Worte
„Polen“ so zu jonglieren, daß man wie ein
Falschspieler den Begriff je nach Bedarf
ganz willkürlich bald in der Bedeutung
„Republik Polen“ aufstelt, die Nation Polen“
oder auch „der zum polnischen Volkstamme
gehörende Teil (ca. 57 Proz. der gesamten
Nation von Polen“ zur Anwendung bringt.
Auf diese große Falschspielerei bringt man
auch hier fertig, einen jeden Rüstflamen,
der es wagt, über die dunklen Seiten seiner
zum Szpulentum gehörenden Mitbürger ehr-
lich und frisch von der Leber weg zu sprechen,
sofort als einen „Staatsverräter“ und
als einen „Feind unseres gesamten polnischen
Vaterlandes“ zu verurteilen, es ist dies
eine jesuitische Falschspielerei, welche aller-
dings ausreicht, um die wenig intelligenten
chauvinistischen Feiler der „Rzeczpospolita“
(mit und ohne Gänsefüßchen) immer von
neuem zum Deutschthum aufzustacheln.

Zu d. Punkten (3):

Die unter dieser Distanz von dem „Lodz-
angeführten Daten sind glatt erlogen. Wir,
die 2.000.000 Deutschen Polens, sind und
bleiben die allerloyalsten Bürger Polens,
sofern der St. at. den Wilson 1917 an der
Weichsel gesch.ffen hat, ehrlich als echte an-
verfälschte demokratische Republik zu
betrachten gewillt ist. Gegen eine jegliche
Bedrückung und Ueberverteilung der Rüst-
polen durch die Szpulenten werden wir allzeit
klampfen. Denn, wie die Herren vor der
„Rzeczpospolita“, halten wir für Staats-
verräter, weil sie gerade diese verfassung-
widrige Tätigkeit entfalten.

Zu (4): Nicht einmal, Hunderte von
Malen haben unsere Sejmabgeordneten,
Geistlichen, Verbände usw. sich an die Re-
gierung gewandt. Genugtuung haben sie
fast nie, meist nicht einmal einer Antwort
werden sie gewürdigt.

Zu (5): Es ist ja während, daß der „Lodz-
in den Spalten der polnisch-habsburgischen
Warschauer Zeitung für die „gemäßigtere und
von Dr. Behrens arg bedrängte „L. Lodz-
Zeitung“ und zugleich für den „ebenfalls un-
gerech verhassten Pfarrer Gogolewski, einen
hochverdienten Polonisator aus Lodz“ in die
Schranken tritt. Schade, daß er es nicht
mit offenem Bistrit tut

Zu Punkt (6):

„Bermüht annehmen und die 23 Pro-
zent der Mitbürger (die 3 Minderheiten)
gerecht und ehrlich zu behandeln!“

Nichts für Ungut, ihr Herren, die ihr
hinter einer Maske euch verbergend, durch
Verleumdung, Inflation und Lügen jeden
ehelichen Wortkammer des gerechten deutsch-
polnischen Sache menschlins erwürgen wollt!
— uns seid ihr nicht gefährlich, lediglich
dem So überleben unserer gemeinsamen neu-
polnischen Heimat.

Dr. G. v. Behrens

Nach Beendigung der für die deutschen Katholiken wie gewöhnlich abgehaltenen Liturgie wandte sich der Pfarrer an uns mit einer deutschen Ansprache. Das hatten wir durchaus nicht erwartet. Ja nicht gezählt, nachdem wir schon seit einigen Jahren in unserer Kirche keinen Mutterlaute mehr hörten. Wirklich eine überaus große Freude für uns! Unvergesslich werden die deutsche Katholiken aus ihrer geistigen Niedergeschlagenheit hoffentlich wieder aufgerichtet werden und zu neuem kirchlichen Leben erweckt. Viele, die schon der Kirche entfremdet waren, besuchen wieder an Sonn- und Feiertagen das Gotteshaus dank dem Umstand, daß uns hier das Evangelium in unserer Muttersprache gepredigt wird. Gott gebe, daß uns nie mehr diese geistige Nahrung entzogen werde! Die einzige sichere Grundlage und Bürgschaft für unsere Treue und Liebe zu Kirche und Staat ist die Seelsorge und der Religionsunterricht in der uns von Natur aus eigenen Auffassung und Sprache.

Die Katholiken deutscher Zunge der St. Anna-Pfarre in Lodz.

Polnisches Gewesen. Einem neuen Gesetz zufolge können, wie dem Deutschen Handelsdienst mitgeteilt wird, polnische Handelsschiffe mit Hypotheken in ausländischer Währung belastet werden. Um nun polnischen Firmen den Ankauf von Fahrzeugen zu ermöglichen, wird seitens der Regierung die hypothekarische Belastung in jeder ausländischen Währung gestattet, wobei die Hypothek nicht länger als 15 Jahre laufen darf. Die Einwilligung wird vom Finanzminister mit Einverständnis des Handels- und Industrie- wie auch des Kriegsministeriums erteilt. Die Beträge unterliegen keiner Zwangsrechnung auf die jeztige oder künftige Währung Polens.

BIP. Kohlensteuer. Den Kommunalbehörden wurde die Erlaubnis zur Besteuerung der Kohle erteilt. Im Hinblick auf die wirtschaftliche Krise in der Industrie hat die Regierung beschlossen, von der Erhebung der Steuer zugunsten des Staatsschatzes einstweilen abzusehen; die von den Kommunalbehörden auferlegte Kohlensteuer dagegen darf 10 Proz. des Kohlenpreises (loco Grube) nicht übersteigen. Kohle, die für staatliche Anlagen und Betriebe bestimmt ist, wird von der Steuer befreit.

B. I. P. Rückzahlung der nach Ausland und der Ukraine ausgeführten Waren. Die Zahl der bisher eingereichten Erklärungen bezüglich der Rückgabe der ausgeführten Güter ist so gering, daß die Befürchtung entsteht, es werde nicht möglich sein, in der durch den Rigauer Vertrag festgesetzten Frist die polnischen Forderungen anzumelden. Es wird deshalb daran erinnert, daß die Frist zur Einreichung dieser Erklärungen am 15. Januar d. J. abläuft. Spätere Erklärungen finden keine Berücksichtigung mehr, wodurch für diejenigen Personen, deren Güter nach Ausland oder der Ukraine ausgeführt wurden, ungeheure Verluste entstehen können.

BIP. Die Verdrängung der Rückzahlung. Der auf Antrag des Schöpfers Joel auf 12 Pfund täglich erhöht worden. Für den Verdrängung kommt die städtische Abteilung für soziale Fürsorge auf.

Staatliche Unterstützung der Mittelschulen. Gemäß einem Rundschreiben des Ministeriums für Kultur und Volksaufklärung können diejenigen Schulen eine staatliche Unterstützung erhalten, die 1. volle oder beschränkte Rechte der staatlichen Schulen genießen und 2. ihre finanzielle Organisation auf den in staatlichen Schulen angewendeten Grundsätzen aufgebaut haben. Die Gesuche der Schulen um eine Beihilfe seitens des Staates müssen zweimal eingereicht werden: für das erste Halbjahr im Oktober, für das zweite im Februar.

BIP. Verstoß gegen die Sittlichkeit. Das Bezirksgericht verhandelte im vereinfachten Verfahren gegen den 30-jährigen Daniel Wójcicki, der angesichts des Publikums auf dem Wassertrasse Selbstbestrafung verübt hatte. Die Verhandlung fand vor geschlossenen Türen statt. Richter Gnapowski verurteilte Wójcicki zu 4 Monaten Gefängnis. Nach Anwendung des Amnestiegesetzes wurde die Hälfte der Strafe erlassen. Von dem Verurteilten wurde die Hinterlegung einer Kaution in Höhe von 200 000 Mark verlangt, widrigenfalls er sofort in Haft genommen wird.

BIP. Unzufriedene Landstreicher. Im Isolationshause in der Zafoninastr. 44 wurden die händigen Inassen des Nachschlags in der Quarantänestadt zwangsweise untergebracht. Die Landstreicher aber waren mit dieser Isolierung höchst unzufrieden und veranstalteten eine gewaltige Demonstration, wobei sie die Geräte in den Zellen zerbrachen und zerstückten. Von dem Vorfall wurde der Regierungskommissar in Kenntnis gesetzt, der die Polizeiorgane zum Einschreiten veranlaßte. Trotzdem aber wiederholten sich diese Vorfälle am folgenden Tage.

Verbrechen gegen das keimende Leben? Massenverhaftung von Hebammen. Der Leiter des Gesundheitsamts der Wojewodschaft Lodz, Dr. Skalski, hat auf Grund der Bevölkerungsstatistik der Stadt Lodz für das vergangene Jahr einen bedeutenden Rückgang der Geburten im Verhältnis zu den früheren Jahren festgestellt. Diese Erscheinung ist zum Teil den unerlaubten Praktiken der Hebammen, sowohl der gesetzlich anerkannten als auch der Winkelhewammen, zuzuschreiben. Die verbrecherischen Operationen an schwangeren

„Deutscher Wolga-Abend!“

Zugunsten der deutschen Flüchtlinge aus dem Wolgagebiet findet unter dem Patronat des B. D. D. P.

14 ein großer Konzert- und Unterhaltungs-Abend

statt. Im Mittelpunkt des wohlthätigen Abends stehen Ansprachen zweier hiesiger hervorragender deutscher Geistlichen. Im Programm sind vorgesehen: 1) Instrumental- und Vokal-Konzert: Klavier (Jezierski), Geige (Prof. Martynow), Solosänger eines bekannten Konzertsängers (Bariton) aus Baden-Baden (Lammeyn), Massensöhre; 2) Turnerische Vorführungen. 3) Pfandlotterie. Zum Tanz wird das Polzei-Orchester aufspielen. 2998 Ein reichhaltiges Büfett verspricht reiche Genüsse. Billets sind ab Mittwoch in der Roswadowska 17 (Geschäftsstelle der Sejmabgeordneten), in der „Podger Freien Presse“ (Beträuer 86) und in der „Neuen Podger Zeitung“. Auswärtige Gäste werden gebeten, sich durch die Geschäftsstelle des Bundes der Deutschen Polens, Roswadowskastr. 17, Bläße rechtzeitig sichern zu lassen. Mitglieder des B. D. D. P. erhalten Eintrittskarten zu ermäßigten Preisen in der Geschäftsstelle des Bundes.

JANUAR, SCALA, 8 Uhr abends.

Frauen, die die Verhinderung der Geburt bezwecken und für die betreffenden Frauen oft verhängnisvolle Folgen nach sich ziehen, sind von den Hebammen in großem Umfange vorgenommen worden. Im Auftrage des Gesundheitsamtes der Wojewodschaft hat die Staatsanwaltschaft die Angelegenheit in ihre Hände genommen und Nachforschungen angestellt. Im Verlaufe derselben wurden dreizehn Hebammen verhaftet, die verbrecherische Eingriffe verdächtigt werden.

Podger Witz vom Tage.

„Was sollen wir zum Maskenball anziehen?“ „Armored, die Melisse — Maserin — wußte Rat.“ „Jeder leidet sich in der Farbe seiner Haare.“ „Gibst du ein italienisches Brautpaar an, ich ein goldbrotes. Mama ein graues.“ „Um Gottes willen,“ rief der Vater aus, „ich kann doch unmöglich nackt gehen!“

Kunst und Wissen.

Vierzehntes Philharmonisches Konzert Dir. Emil Mlynarski, Sol. Sewerny Eisenberger.

Ein recht sympathischer Abend, an dem sich alles in gebührender Weise entwickelte und ein jeder in gehobener Stimmung heim ging. In der Symphonie von Strahin I E-moll haben wir ein Werk vor uns gehabt, das in kompositionstechnischer Beziehung, wie in der Wirkung selbst viel Schönes an sich hat, aber leider auch Schwächen aufweist, die nur zu leicht das Vorteilhafte dieses Werkes vergessen lassen. So ist es z. B. in der Anlage der Sätze für eine Symphonie zu mißfällig angeordnet und macht mehr den Eindruck einer symphonischen Suite: der erste Satz, das Lento, ist als Präludium gedacht, der zweite als charakteristisch-dramatisches Intermezzo, dann das zweite Lento als eine Episode, als vierter das Scherzo und als fünfter folgt das Finale, der Hauptteil in der Sonatenform. Das Werk ist entschieden mit viel Phantasie ausgestattet, obgleich es einer Bestimmtheit und Präzision in allen Teilen ermangelt. Mit der Aufführung dieses Werkes konnte man zufrieden sein. Der Dirigent hat nichts unternommen, um daraus alles Schöne mit gutem Erfolg herauszuholen, wenn man auch offensichtlich das wenig Schöne und Klischee des Orchesters im Anpassen an den Dirigenten herausempfindet.

Einem Genuß verlassene, aus Sewerny Eisenberger mit seinem edlen und jugendlich frischen Spiel des von den beiden Brahms Konzerten weniger beliebten D-moll-Konzerts. Auf eine selten seine Art verleiht es der Künstler, das Neukere mit dem Innern, den Virtuosen mit dem Denker und Empfinden zu verknüpfen und den Kontakt zwischen sich und dem Hörer herzustellen. Donnerstag, den 12. Januar, werden wir nochmals Gelegenheit haben, S. Eisenberger im Recital-Konzert zu hören.

Im Sonntag-Nachmittags-Konzert dirigierte Adam Dolzycki Bixos „Lamento e Trumpho“, Wagners Einleitung zum „Tristan“ und die „Tannhäuser“-Ouvertüre. Man verzeihe mir, aber es war „schrecklich langweilig!“ Ebenso verstand Jan Smelterling es nicht, uns mit dem zweiten Konzert von Rachmaninow zu befriedigen, denn trotz des großen Miterlebens des Künstlers während der Interpretation spielt sich dies lediglich in seinem Innern ab und gelangt nicht in die Fingerspitzen, von wo aus es sich erst dem Zuhörer mitteilen kann. Vielleicht ist auch die Darbietung durch die Wahl des an und für sich schwachen Werkes beeinträchtigt worden. S. T.

Vom Film.

Im Odron-Platzspieltheater geht seit Sonntag ein neuer Film über die Welt: Der indische Dschinn. Es ist dies ein amerikanischer Film in sechs Serien, der uns in die Wunderwelt des Orients führt.

Die zur Vorführung gelangenden Bilder der 1. Serie belassen sich mit der Raffinesse der Hynose. Ein indischer Fürst verlangt nach der Tochter eines englischen Lords. Damit dieser sie ihm nicht verweigert, erlöst er einen einjährigen Kessel: er suggeriert ihm die Ermordung seines Freundes. Die Suggestion erwies sich jedoch als zu schwach, so daß der Fürst den Lord durch seinen Diener verraten lassen mußte. Der Lord geschickte Dolch dient dazu, welche Tatsache jenen die Überzeugung beibringen soll, er selbst habe gemordet. Nach echt amerikanischer Art entwickelt sich nun eine Reihe der wildesten Verfolgungsszenen, die den Zuschauer bis zuletzt in Spannung halten.

Vereine u. Versammlungen.

Christlicher Commisverein z. g. U. Wie wir hören, wird der Verein demnächst mit der Herausgabe einer Vereinszeitung, die zunächst einmal monatlich erscheinen soll, beginnen; die Schmierkosten, die sich einem solchen Unternehmen entgegenstellen, sind nicht gering, umso mehr ist die Energie der Vereinsleitung anzuerkennen. Beiträge für das Blatt werden erbeten entweder an Herrn Otto Edgel bei der Firma „D. A. R.“, Beträuer Straße 147, oder an das Vereinssekretariat. Diesen Donnerstag, den 12. d. Mts., findet eine Generalversammlung statt, wo der Mitgliedsbeitrag für 1922 festgelegt werden soll. Vom 19. d. M. angefangen, beginnen wieder die allwöchentlichen Donnerstags-Vortragsabende, für die einige interessante Vorträge bereits in Aussicht gestellt worden sind. Die für den 14. d. M. anberaumt gewesene Senioren-Versammlung ist auf den zweitnächsten Sonntag, d. i. 28. Januar, verlegt worden.

BIP. Vom jüdischen Wohlthätigkeitsverein. Der Lodzer jüdische Wohlthätigkeitsverein erweitert das Heim für Geiste und Paralytiker. Infolgedessen werden die Inassen des Heims in der Zielstraße nach Maßgabe der Möglichkeit bereits nach dem neuen Saal des Heims (Zachodnia 20) übertragen.

Zuschriften.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir Ansichten anderer Leser, auch wenn diese mit der Richtung unseres Blattes nicht übereinstimmen. Eine Verantwortung für den Inhalt übernehmen wir nicht.

Sehr geehrter Herr Doktor!

In letzter Zeit ist in der Podger Freien Presse mehrmals die Frage angeschnitten worden, das Zeitungsunternehmen in eine A. G. umzuwandeln und das ganze Deutschtum Polens am Aktienbesitz teilnehmen zu lassen, soweit es den Wunsch und die Mittel hierzu hat.

Schreier dieses und mit ihm ein Kreis von Lesern kann sich nicht genug wundern, daß die Redakteur der Zeitung auf diese Anregung nicht entgegenkommender eingegangen. Denn es handelt sich wiederum nur um die alte Idee des Zusammenfassens des gesamten deutschen Schrifttums Polens in ein einziges Unternehmen, einer Idee, die nicht allzu lange vor Kriegsausbruch nahe der Verwirklichung war.

Aus beiliegenden wieder zusammengestellten Prospekten belassen Sie das Nähere zu entnehmen. Die Vorteile, die daraus entstehen, wenn sich das Unternehmen auf den breiten Rücken einer großen Anzahl von Aktienbesitzern stützen kann, sollte eigentlich kaum noch einer näheren Beleuchtung bedürfen.

Zimmerlin möchte ich kurz hervorheben: 1. Die politische Macht, die ein solches Unternehmen darstellt, an welchem eine große Leserschaft ideell und materiell interessiert ist, ist eine unvergleichlich größere, als sie unter den jetzigen Bedingungen jemals sein könnte.

Diese politische Macht braucht die Zeitung, sie muß ein integrierender Bestandteil werden, wenn die A. G. ihren Zweck erfüllen soll. 2. Die wirtschaftliche Macht würde dann mit der politischen gleichen Schritt halten, denn durch die Dunderke von Aktionären (wenn nicht gar mehr) erhält die Zeitung ebenbürtig kostenlose, und dabei sicher und gebiegen arbeitende Propagandisten in allen

Teilen des Reiches. Es ist ganz ohne Zweifel, daß die Zeitung dann ganz erhebliche Gewinne abwerfen und dadurch die Popularität nur noch steigen wird. Ein gewinnbringendes Unternehmen liebt und häßlich man.

3. Damit ist die Grundlage zu jeder denkbar möglichen Ausdehnung gegeben, also zur Schaffung eines wirklichen, großen, deutschen Verlagshauses.

4. Der Gefahr des Aufkaufes der Aktien und der Majorisierung der deutschen Aktionäre entgeht man, indem man nach dem Muster deutscher Aktiengesellschaften Aktien mit 10fachen Stimmrecht schafft, die vielleicht in den Händen der jetzigen Inhaber bleiben, oder sonst nur in ganz zuverlässige Hände kommen. Diese Aktien könnten, falls möglich, auf den Zuhörer lauten. Ueber diesen Punkt braucht in die Öffentlichkeit nichts zu dringen, da überflüssige und unangenehme Polemiken entstehen könnten. Es genügt, wenn dann die Zustimmung der ersten Generalversammlung gesichert wird, was schon vorher unter der Hand leicht zu erreichen ist.

5. Die jetzigen Besitzer brauchen der Beiermasse keineswegs ein Geschenk zu machen, sondern könnten Maschinenbestand, Mobiliar und Vorräte der A. G. zu angemessenen Tagespreisen übergeben. Ausreichende Abschreibungen müßten natürlich gemacht werden.

Ich verlege es mir, auf Einzelheiten einzugehen und möchte nur nochmals betonen, daß der Plan der Umwandlung der Podger Freien Presse in eine A. G. nicht ernst genug erwogen werden sollte.

Mit ergebenstem Gruß hochachtungsvoll (Unterschrift).

Anmerkung der Schriftleitung: Wir räumen den obigen Zeilen — im Gegenstand zu dem Willen des Verfassers — in unserem Blatte gern Platz ein, da auch wir wünschen, daß der Verlag der P. F. P. die bisherige G. m. b. H. in eine A. G. umzuwandeln möchte.

Aus dem Reiche.

Kuda: Palanica. Frankenbundlande. Am Montag, den 16. Januar, wird Herr Major Schmidt in der Wohnung des Herrn Lange abends um 7 Uhr Vortrag und Bibelstunde halten.

Gorino. Liebesgaben. In Gorino sind an die arme Bevölkerung für die Familie 10 Pfund „esh“, 1 Pfund Speck und 1/2 Pfund Wurst unentgeltlich zur Verteilung gekommen.

— Einen schwunghaften Handel betreiben die Böttcher in Gorino. Dazu kommen ihnen die an der Stadt befindlichen Wäldungen sehr zu nützen. Ihre Fabrikate, ein Erzeugnis für Wein- und Zinngefäße, finden nicht allein in kommerziellen willigen Abnehmer; sie werden auch in großen Mengen nach Kongresspolen verschifft.

Sejm.

10. Januar. 276. Sitzung.

General Sosnkowski berichtet über das Gesetz von der allgemeinen Militärdienstpflicht. Der Entwurf sieht eine ständige Armee mit dreijähriger Dienstzeit vor, die durch Rekrutenausbildung ergänzt wird. Der Militärdienst wird eingeteilt in: 1. Frontdienst, 2. Reserve, 3. Landwehr. Die Frontdienstpflicht beginnt am 1. Januar desjenigen Jahres, in dem der Einberufene das einundzwanzigste Lebensjahr beendet. Bei einer Mobilisation werden die Männer von 19—20 Jahren zum Frontdienst eingezogen. Die alljährliche Heereszahl soll im Mai und Juni stattfinden, die Einreichung im Herbst. Der Dienst in der Front dauert vom 21. bis zum 23. Lebensjahre. Für Rekruten mit Mittelschulbildung (Matura) ist einjähriger Frontdienst vorgesehen, später in der Reserve. Die militärische Lebenszeit für Reservisten beträgt 14 Wochen, für Offiziere länger. Der Entwurf sieht die physische Ausbildung der Jugend vor, Pflichtdienst für zum Frontdienst ungeeigneter während eines Krieges sowie freiwilligen Frauenendienst.

Der Kriegsminister begründet die Notwendigkeit, eine Friedensarmee von 250 000 Mann zu unterhalten.

Abg. Liebermann spricht gegen eine zweijährige Dienstzeit und gegen eine so starke Friedensarmee. Er bemerkt, daß der Unterhalt dieser Armee jährlich 150 Millionen Mark kosten würde, was über die Kraft des Staates gehe.

Abg. Horwar Stariewicz, Abg. Kaluska, Abg. Michalski und Abg. Rosset sind für den Entwurf.

Schließlich wird die Verhandlung vertagt und der Gesetzentwurf der Militärkommission übergeben.

Nach Berichterstattung des Abg. Radzi-szewski über den Antrag des Abg. Wojdalinowski werden weitere Verhandlungen über den Gesetzentwurf bezüglich der Bereicherung durch Grundstückskauf und durch Abzahlung von Hypothekenschulden, vertagt.

Abg. Godel berichtet über Deuerungszulagen für Staatsbeamte. Nach Ansprache des Abg. Smulikowski, der den Entwurf unterstützt, wird das Gesetz in zweiter und dritter Lesung sowie der Beschluß angenommen.

In zweiter und dritter Lesung wird die Erneuerung zum Gesetz über die Liquidierung der Serwitten sowie der Kommissionsbeschlüsse angenommen, der die Regierung auffordert, bei der Liquidierung der Serwitten, die Bildung von Schachbrettfeldern zu vermeiden, sowie im Laufe von zwei Wochen einen Gesetzentwurf über die Landauflösung einzubringen.

Nächste Sitzung: Freitag.

Lokales.

Lodz, den 11. Januar 1922.

Wetter.

Der Winter ist ein rechter Mann,
Kernfest und auf die Dauer...

heißt's in einem Liede. Heuer stimmt dieser Vers nicht, denn alle Nasen lang ändert sich das Wetter, und Freund Winter ist alles weniger denn ein Mann von Dauer. Montag hatten wir noch den krammsten Frost, abends fiel Schnee, und Dienstag morgen regnete es bereits nach Herzenslust, so daß die Gehsteige nur so spiegelten und wie eine Eisbahn so glatt wurden. Die Hausbesorger und ihre Weiber und Kinder hatten alle Hände voll zu tun, den weißen Segen von oben, der sich langsam in seinen Urzustand zurück zu entwickeln begann, fortzuschaffen, damit die Straße vor einer Ueberschwemmung bewahrt bleibe.

Das also ist unser Winter! Die Klobler, die noch Sonntag in hellen Schoten nach dem Banstapark zogen, sehen trübselig die weiße Herrlichkeit schwinden, und die Schlittschuhläufer verzweifeln ob des rieselnden Regens.

Nun: vielleicht ist der Sommer noch nicht so groß, und wenn dies Blatt den Lesern zu Gesicht kommt, wieder alles im Lot. Es ist nämlich eine alte Erfahrung, die nur selten trügt, daß wenn ein Zeitungsmann übers Wetter schreibt, hierin unweigerlich eine Aenderung eintritt. Beispiel: mein Stimmungsbild von der Klobelbahn in der gestrigen Ausgabe der „Lodger Freien Presse“!

Also: nicht verzagen — der alte Winter lebt noch!

A. K.

Die Danina. Im „Dziennik Ustaw“ ist das Gesetz über die staatliche Vermögensabgabe (Danina) veröffentlicht, die somit am 9. d. M. in Kraft getreten ist. Gleichzeitig sind die Ausführungsbestimmungen bekanntgegeben worden, deren wichtigste Vorschriften nachstehend angeführt seien: Eine und dieselbe Person kann zur Zahlung der Danina in einigen verschiedenen Steuerkategorien herangezogen werden. Die Danina von Kraftwagen und Kraftmaschinen müssen alle diejenigen Personen entrichten, die in der Zeit zwischen dem 1. Oktober und 31. Dezember, wenn auch für ganz kurze Zeit, Eigentümer von Kraftwagen und Kraftmaschinen gewesen sind. Die Grundlage der Daninaabrechnung von der Miete bildet nur die Grundmiete, ohne die Nebengebühren. Die Steuerbehörden der ersten Instanz sind berechtigt in Fällen eines kollektiven Widerstandes bei der Erhebung und Einziehung der Danina militärische Unterstützung zu verlangen.

Aus Warschau wird ferner berichtet, daß am Montagabend im Finanzministerium der Beschluß gefaßt wurde, die Danina von gewissen Kategorien der Steuerzahler in der Weise zu erheben, daß sie dem Staatsschatz besondere Wechsel übergeben, die als Bargeld angenommen werden sollen. In den nächsten Tagen wird diese An gelegenheit durch eine besondere Verfügung geregelt werden.

Die Nationale Arbeiterpartei gegen die bish. Stadterveraltung. Wir lesen im „Głos Polski“: Die Nationale Arbeiterpartei (N. P. A.) beschäftigt am kommenden Sonntag eine Massenversammlung zu veranstalten. Im Anschluß daran sollen sich die Versammelten in einem großen Manifestationszuge nach dem Magistrat begeben, um einen Druck auf die Stadterverordnetenversammlung auszuüben und diese zum Rücktritt zu bewegen. Die Ursache eines derartigen Vorgehens gegen die Stadterveraltung liegt darin, daß die N. P. A. nach dem Rücktritt ihrer Stadterordneten und Schöffen weder im Stadtrat noch im Magistrat eine Vertretung besitzen, was in den Reihen der Mitglieder dieser Partei großen Unwillen hervorruft. Die Führer der N. P. A., gegen die sich in ihrer eigenen Partei Unzufriedenheit zeigt, sind bestrebt, die Verantwortung für ihren Rücktritt aus der Stadterveraltung von sich abzu-

wählen. Zu diesem Zwecke wollen sie die Auflösung des Stadtrates beschleunigen, bzw. diesen durch feindliche Straßenemonstrationen zum Rücktritt zwingen. Dadurch soll ihnen die Möglichkeit gegeben werden, die begangenen Fehler bei den nächsten Wahlen wiedergutmachen und die verlassenen Ratsstellen und Magistratsämter wieder einzunehmen.

Bip. Die Lustbarkeitssteuer. Es hat sich die Ansicht eingebürgert, daß Vergnügungen und Aufführungen, die von Vereinen, Klubs und Institutionen unentgeltlich veranstaltet werden, der städtischen Steuer nicht unterliegen. Zur Aufklärung sei bemerkt, daß von sämtlichen Aufführungen, Vergnügungen und Ballen mit freiem Eintritt eine Lustbarkeitssteuer erhoben wird, die von der Steuerabteilung des Magistrats unter besonderer Berücksichtigung der einzelnen Fälle fest gesetzt wird. Die Höchstsumme dieser Steuer beträgt 25 000 Mark.

Verkehrsmittelsteuer. In dem Angeleit dieser Ausgabe sind die Steuerätze zu ersehen, die der Magistrat von den Besitzern von Verkehrsmitteln erheben wird. Die Steuer beträgt für 1922: für einen Droschken-Einspanner 2000 Mk., für einen Zweispänner 3000 Mk., für einen Lastwagen — Einspanner 2000 Mk., Doppelspanner 3500 Mk., für einen Wägelwagen 6000 Mk., für einen Kesselwagen 4500 Mk., für einen Handwagen, für einen Kraftwagen und Landauer 20 000 Mk., Einspanner 15 000 Mk., für einen Bolant 8500 Mk., für eine Britschke 3000 Mk., für einen Leichenwagen 1. Klasse 6000 Mk., 2. Klasse 4000 Mk., 3. Klasse 2000 Mk., für einen Personen-Kraftwagen bis zu 20 Pferdekraft 2000 Mk. für die Pferdekraft, mit mehr Pferdekraft 3000 Mk. für die Pferdekraft, für Lastkraftwagen bis zu 3 Tonnen 15 000 Mk., bis zu 4 Tonnen 25 000 Mk., für ein Motorfahrzeug 3500 Mk., für ein Fahrrad 500 Mk. Die Steuer ist im Laufe des Jahres an die Hauptkasse des Magistrats (Plac Wolności 14) von 9 bis 12½ Uhr zu entrichten.

BIP. Russische Pässe. Da die aus der russischen, weißrussischen und ukrainischen Sowjetrepublik zugereisten Personen mit den verschiedensten Dokumenten versehen sind, die von einzelnen russischen oder ukrainischen Missionen ausgestellt wurden, erläutert das Innenministerium, daß keinerlei Disposition mit Ausnahme der offiziellen Vertretungen der Sowjetrepublik in Russland, Weißrussland und der Ukraine zur Ausstellung von Dokumenten berechtigt sind, die von den polnischen Behörden als Personalausweise anerkannt werden sollen. Bestimmungen dagegen, die von den in Polen rechtmäßig bestehenden Vereinen und Komitees nicht-polnischen Charakters ausgestellt werden, können höchstens als Empfehlungen der betreffenden Person dienen, deren Anerkennung von den einzelnen Behörden abhängt. Außerlich dürfen diese Dokumente nichts gemeinsames haben mit der Form der amtlichen Personalausweise; es ist daher unzulässig diese mit einem Lichtbild zu versehen oder auf ihnen zu bemerken, daß sie als Personalausweise ausgestellt wurden. Im Anbetracht des obigen befreit der Besitz irgendwelcher Bescheinigung dieser Art die betreffenden Personen nicht von der Pflicht, sich mit den durch die geltenden Bestimmungen vorgezeichneten Aufenthaltarten, Einreisepässen, Asylrechtbescheinigungen n. dergl. zu versehen.

Sechs Jahre Zuchthaus für einen Kommunisten

Das Bezirksgericht verhandelte gegen den Einwohner von Łódź Antoni J. Zyłowski, 20 Jahre alt, der angeklagt war, Mitglied der kommunistischen Partei Polens gewesen zu sein. Der Angeklagte gab zu, bis März 1921 der Partei angehört zu haben. Nach Vernehmung der Zeugen beantragt Unterstaatsanwalt Górnog die Verurteilung des Zyłowski auf Grund der §§ 126 und 180 des Strafgesetzbuchs. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Duray aus Warschau, bezweifelt die Zuständigkeit des Gerichtshofes, da Zyłowski seit dem Friedensschluß mit Sowjet-

Rußland russischer Staatsbürger sei. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 6 Jahren Zuchthaus.

Bip. Die Zahlungsunfähigkeit der Handelsabteilung der Lodger Bäckerverbände. Am 8. d. M. fand eine Versammlung der Mitglieder der bei der Innung und dem Verband der christlichen und jüdischen Bäckermeister bestehenden Handelsabteilung statt. Die Versammlung ist auf Verlangen der Revisionskommission einberufen worden und wurde in Anwesenheit von 103 Mitgliedern von Herrn Karl Herrmann eröffnet. Den Vorsitz führte Herr L. Weisner. Auf die zahlreichen Vorwürfe und Anfragen erteilte Herr Gralinski, als Direktor der Handelsabteilung, den Versammelten Auskunft über die Tätigkeit des Vorstandes der Handelsabteilung und die Verantwortlichkeit der Mitglieder derselben gegenüber den Lieferanten. Dann machte er die Mitteilung, daß die Handelsabteilung gemäß den Bestimmungen des Gesetzes ihre Zahlungsunfähigkeit erklärt habe. Zum Schluß bemerkte Herr Gralinski, daß die Verantwortlichkeit für die Erklärung der Zahlungsunfähigkeit auf die Mitglieder selbst falle, da sie seinerzeit die ihnen zustehende Wehrkraft nicht ausübten.

Anschließend daran wurde festgestellt, daß die Bücher der Handelsabteilung seitens der Revisionskommission einer Prüfung unterzogen wurden, wobei eine ganze Reihe von Ungenauigkeiten in der Geschäftsführung des Vorstandes aufgedeckt wurde, wodurch die Handelsabteilung einen Verlust von 361 806 57,6 Mark erlitten hat. Die Ergebnisse ihrer Untersuchung zusammenfassend, stellt die Revisionskommission einen Antrag, der 10 Punkte umfaßt, und bittet die Versammlung, am Annahme und strenge Ueberwachung der Ausführung derselben. Die Versammelten nahmen den Antrag der Revisionskommission unverändert an. Herr Boguski stellte im Namen des Verbandes der jüdischen Bäckermeister den Antrag, zum Schutze der eigenen Interessen gegen die Vorstandsmitglieder der Handelsabteilung gerichtliche Vorzugehen. Daraufhin wurde die Sitzung geschlossen.

Bip. Verbesserungsanstalten für Prostituierte. Unter dem Vorsitz des Schöffen E. Joel fand im Magistrat eine Sitzung statt, auf der beschlossen wurde, sich des Loses derjenigen Prostituierten anzunehmen, die aus dem Magdalena-Krankenhaus entlassen werden. Zu diesem Zwecke sollen die geheilten Prostituierten Verbesserungsanstalten überwiesen werden. Im Zusammenhang damit wurden bereits drei Prostituierte in einer solchen Anstalt untergebracht.

Das zehnjährige Jubiläum des Verbandes jüdischer Handwerker für Lodz und Umgebung wurde gestern in gehobener Stimmung begangen. Als Vertreter deutscher Organisationen wohnten den Feiern bei: die beiden Vorsitzenden des Bundes der Deutschen Polens Dr. E. v. Behrens und Widom sowie als Vertreter des Vereins deutscher Meister und Arbeiter Herrmann Fiedler. Die drei Herren überbrachten der Festversammlung die Glückwünsche der Deutschen in Lodz.

Der Kampf gegen die Tuberkulose. Der Ministerrat bestätigte die Statuten des polnischen Komitees zum Kampfe gegen die Tuberkulose, welches dazu berufen ist, alle Institutionen, die denselben Zweck verfolgen, zu vereinigen. Dieses Komitee wird beim Ministerium für Volksgesundheitswesen als beratendes Organ tätig sein. Nebuliche Komitees werden in den Wojewodschaften eröffnet werden.

Bip. Die Polnische Gesellschaft des Roten Kreuzes wandte sich an den Lodger Magistrat mit der Bitte um Ueberlassung eines der städtischen Gebäude zwecks Errichtung eines Krankenhauses für Schwindsüchtige.

Bip. Vertretung. Am 28. 29. und 30. Januar d. J. findet in Warschau eine Tagung der Ärzte und der auf dem Gebiet des Gesundheitswesens tätigen Personen statt. Seitens des Magistrats der Stadt Lodz werden an der

Tagung teilnehmen: der Referent der Abteilung für öffentliche Gesundheitspflege, Dr. Jakob Kon, der Leiter der städtischen Desinfektionskammer, Ingenieur Koczkowski und das Mitglied der Delegation für öffentliche Gesundheitspflege Stanislaw Kapalski.

Firmung in der St. Anna-Kirche.

Uns wird geschrieben:

Am 6. Januar, am Feste der Erscheinung des Herrn, geruhte Seine Eminenz, unser hochwürdigster Bischof Adamycki, seine erste Visitation in der St. Anna-Parochie zu machen und die Firmung zu erteilen. Am Vorabend des Festes hielt der Oberhirt seinen feierlichen Einzug in die Kirche nach dem üblichen Zeremoniell, der örtlichen Kirchenprovinz im Beisein mehrerer geistlicher Würdenträger sowie des einfachen Klerus und zahlreicher Beteiligung des Volkes.

Die Begrüßungsrede hielt der hochwürdigste Prälat und Rektor der St. Anna-Kirche Wyszogrodski. In seiner Ansprache gab er kurz und bündig die Entstehungsgeschichte der Anna-Kirche wieder in anerkennender Weise bemerkend, daß Herr Josef Weisner und Frau Anna Herbst die Begründer und Stifter dieses Gotteshauses seien und daß somit diesen edlen hochherzigen Wohltätern Dank, Ehre und ein seliges Andenken gebühre. Doppelt erfreulich und tröstlich war dieses offene Geständnis für uns deutsche Katholiken, da beide Fundatoren des monumentalen Werkes zugleich unsere Stammesangehörigen sind. Darauf ergriff Seine Eminenz das Wort, dankend für den freundlichen Empfang, die wohlthätige Stiftung der hiesigen Kirche bestätigend und die Verdienste des hochwürdigen Prälaten Wyszogrodski bei Errichtung der Parochie würdigend, — führte er seine Rede aus mit dem Bibelzitat „Der Gerechte lebt aus dem Glauben“. Nach dem Glauben und aus dem Glauben muß jeder katholische Christ leben, die Werke des christlichen Glaubens verrichtend; denn „ohne Werke ist unser Glaube tot“. Nicht bloß in der Kirche sollen wir unser Christentum bekunden, sondern auch im privaten und öffentlichen Leben, in der Familie und der Gesellschaft. Unser ganzes Denken, Reden und Handeln muß vom christlichen Glauben getragen sein. Der christliche Glaube muß die Richtschnur in all unserem Tun und Lassen sein. — Endlich erwähnte der Bischof die Kirche und Vaterland, betonend mit dem Hinweis, daß auch Christus der Herr an dem Schicksal seines irdischen Vaterlandes den innigsten Anteil nahm, hilfsreich und unvermüdet unter dem Volke wirkte, dem er der menschlichen Abhängigkeit nach angehörte. Der christliche-katholische Glaube lehrt uns die rechte Lebensweise in der bürgerlichen Gesellschaft. Wir haben einen demokratischen Freistaat, in dem alle Bürger gleichberechtigt sind, ohne Unterschied des Standes und der Nation. Allen unseren Mitbürgern sind wir als katholische Christen Liebe und Achtung schuldig, indem wir alles vermeiden, was jemand ungerechtfertig schaden oder verletzen könnte, ganz gleich, welcher Klasse und Sprache er angehört. So fordert es die christliche Gerechtigkeit und Liebe.

Lauf pochten unsere Herzen bei diesen rührenden und versöhnlichen Worten des Bischofs. Wie ein barmherziger Samariter erschien er vor uns, Del und Wein in unsere Wunden gießend. Wie lindender Balsam wirkten diese Tröstungen auf unsere bekümmerten, geängstigten Herzen. Das waren Friedensklänge und Weihnachtsglocken, so recht zur Stimmung des Epiphaniensfestes passend, mo die ewige Liebe, das Licht der Welt allen Völkern und Nationen sich offenbarte und die Güte und Menschenfreundlichkeit Gottes, unseres Vaterlands, allen Menschen erschien.

Zufrieden und tief verließen wir nach beendeter Feier das Gotteshaus. Haben wir doch die laute Wahrheit und den Standpunkt unseres Glaubens aus dem Munde des Oberhirten vernommen, der da gesagt ist, die Kirche Gottes in unserem Bistum zu leiten.

Am Festtage selbst erlebten wir deutschen Katholiken eine noch größere freudige Ueberraschung.

Der Gemüsehändler.

Von
Anatol France

in einer Bearbeitung von Leo Tolstoi.
(1 Fortsetzung.)

Aber Crainquebille war nicht an das Reden gewöhnt, auch hatten ihn in solcher Gesellschaft Angst und Respekt den Mund geschlossen. So schwieg er denn, und der Präsident selbst gab die Antworten; sie bestätigten die Anklage. Zuletzt sagte er:

„Sie gestehen also, daß Sie „Tod den Rügen“ gesagt haben.“

Jetzt erst drangen aus der Kehle des Angeklagten Crainquebille Töne, die an das Geräusch von altem Eisen und gebrochenen Glascherben erinnerten.

„Ich habe „Tod den Rügen“ gesagt, weil der Herr Schumann „Tod den Rügen“ gesagt hat. Nur da hab' ich „Tod den Rügen“ gesagt. Er wollte zu verstehen geben, daß er von solcher unerwarteten Beschuldigung betroffen und konfus geworden, die schrecklichen Worte wiederholt habe, deren er fälschlich beschuldigt wurde, und die er, selbstverständlich, nicht gesagt habe.“

Aber Herr Präsident Bourriche hatte ihn anders verstanden.

„Sie wollen behaupten,“ sagte er, „daß der Schumann zuerst diese Worte ausgesprochen hätte?“

Crainquebille verzichtete auf eine Antwort. Das war ihm zu schwer.

„Sie bestreiten nicht darauf. Und haben dazu die besten Gründe,“ sagte der Präsident. Er ließ die Zeugen holen.

Der Schumann Nr. 64, mit Namen Bastian Matra, schwor, daß er die Wahrheit, die Wahrheit allein sagen werde. Dann erklärte er folgendes:

„Als ich am 20. Oktober um ein Uhr nachmittags meinen Dienst machte, bemerkte ich auf der Monarreststraße einen Mann, der mir ein Gemüsehändler zu sein schien. Sein Kasten stand gleichmäßig auf einer Stelle vor dem Hause Nr. 328, was den Anlaß zu einem Andrag von Führerwerken hier gab. Ich habe ihn dreimal aufgeföhrt, er möge weiterfahren, aber er weigerte sich, mir zu gehorchen. Als ich ihn darauf aufmerksam machte, daß ich ein Protokoll aufnehme, da schrie er: „Tod den Rügen“, was ich für sehr beleidigend hielt.“

Diese einfache und gedrungene Erklärung wurde vom Tribunal mit schillendem Wohlwollen angehört. Zur Verteidigung wurden Madame Bayard, die Schattensfrau und Herr David Matthieu, Oberarzt im Hospital Ambroise-Paré, Ritter der Ehrenlegion, vorgeführt. Madame Bayard hatte nichts gesehen und nichts gehört. Doktor Matthieu befand sich in der Menge, die sich um den Schumann gebildet hatte, als dieser den Gemüsehändler zum Weiterfahren aufforderte. Seine Anklage hatte einen kuriosen Zwischenfall hervorgerufen.

„Ich war Zeuge des Voralles,“ sagte er. „Habe gemerkt, daß der Schumann sich irrt, denn niemand hat ihn beleidigt. Ich trat an ihn heran und sagte ihm das. Der Schumann aber hat trotzdem den Händler arreliert und forderte mich auf, ihm aufs Kommissariat zu folgen, was ich auch gern getan habe. Meine Aussage habe ich vor dem Kommissar erstattet.“

„Sie können sich setzen,“ sagte der Präsident. „Hörner, rufen Sie den Zeugen Matra wieder herein.“

„Matra, als Sie den Angeklagten arreliert hatten, hat Ihnen da der Herr Doktor Matthieu nicht gesagt, daß Sie sich irren?“

„Das heißt, er hat mich beleidigt, Herr Präsident.“

„Was hat er Ihnen denn gesagt?“

„Er hat „Tod den Rügen“ gesagt.“

Värm und Gelächter erklang im Saale.

„Sie können wieder gehen,“ sagte der Präsident eilig, und er erwähnte das Publikum, daß er, wenn sich ähnliche unschöne Manifestationen wiederholten, den Saal räumen lasse. Unter dessen triumphierte die Verteidigung, und alle glaubten in diesen Augenblicken, Crainquebille müsse freigesprochen werden.

Als die Ruhe im Saale wiederhergestellt war, erhob sich Herr Lemerle. Er begann seine Verteidigungsrede mit einem Lob auf die Agenten der Polizei, diese bescheidenen Diener der Gesellschaft, die bei ihrem kühnlichen Gehalt Strapazen ertragen müssen, unaufhörlichen Gefahren ausgesetzt sind und täglich Heldentaten vollbringen.

Es sind das gewesene Soldaten, die auch weiterhin Soldaten bleiben. Soldaten!... Das Wort allein sagt schon alles... Und Herr Lemerle begann seine Betrachtungen über die militärischen Tugenden auseinanderzusetzen. Seinen Worten nach, wäre er auch einer von jenen, „die es nicht gestatten, daß man über die Armeespoite, über die nationale Armee, der angehören auch er die Ehre habe.“

Der Präsident nickte mit dem Kopfe.

Herr Lemerle war tatsächlich Leutnant der Miliz. Auch war er als Kandidat der nationalen Partei im Distrikt Weil-Doriere aufgetreten.

Der Advokat fuhr fort:

„Nein, mir sind die bescheidenen und unschätzbaren Dienste, welche die Besitzer der Sicherheit der heidnischen Einwohnerschaft der Stadt Paris alljährlich erweisen, nur zu gut bekannt. Und niemals hätte ich mich, meine Herren, einverstanden erklärt, die Verteidigung Crainquebilles auf mich zu nehmen, wenn ich in ihm den Verteidiger eines gewissen Soldaten gesehen hätte. Man beschuldigt meinen Klienten, „Tod den Rügen“ gerufen zu haben. Der Sinn dieser Worte ist jedem bekannt. Wenn Sie ein gewisses Verdon zur Hand nehmen, so werden Sie lesen: „Tod den Rügen“, Faulenzer, Müßiggänger, Eimer, der sich bei der Polizei verdingt, „polizeilicher Spion“. „Tod den Rügen“ wird in gewissen Kreisen gebraucht. Nun ist aber die Frage: wie hat es Crainquebille gesagt? Und ob er es überhaupt gesagt?

(Fortsetzung folgt.)

